

Schulrecht

Begründet von

Dr. Norbert Niehues †

Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D.

Bearbeitet von

Prof. Dr. Johannes Rux

apl. Professor an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

6. vollständig neubearbeitete Auflage 2018



Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung und Grundlagen	1
I. Zum Begriff des Schulrechts	1
II. Das Schulrecht als Gegenstand der Rechts- und Erziehungswissenschaft	4
III. Das Schulverhältnis als Rechtsverhältnis	5
1. Das Schulverhältnis als besonderes Gewaltverhältnis	6
2. Der Vorbehalt des Gesetzes im Schulverhältnis	7
a) Allgemeines zu den Grundlagen, dem Geltungsbereich und der Ausfüllung des Vorbehaltsbereichs	7
b) Die Anwendung dieser Grundsätze auf das Schulverhältnis	12
3. Handlungsspielräume der Verwaltung und gerichtliche Kontrolldichte im Schulverhältnis	15
a) Handlungsspielräume der Verwaltung im Schulverhältnis	16
b) Gerichtliche Kontrolldichte im Schulverhältnis	18
4. Exkurs: Das Spannungsverhältnis zwischen dem Erziehungsrecht der Eltern und der Grundrechtsmündigkeit der Schüler	21
IV. Zur Verteilung der Regelungskompetenzen für das Schulwesen	24
1. Zur Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern	24
a) Der Grundsatz der Bundestreue und die Selbstkoordination der Länder	25
b) Besonderheiten in Bezug auf das berufliche Schulwesen	26
c) Reformansätze	28
2. Zu den Einflüssen des Völker- und Europarechts	29
a) Nationales Bildungswesen und Völkerrecht	29
b) Nationales Bildungswesen und Europarecht	33
§ 2 Das Schulverhältnis im engeren Sinne: Die Schulpflicht und das Recht auf Bildung	37
I. Historische Entwicklung	37
II. Die Pflicht zum Schulbesuch als legitimationsbedürftiger Grundrechtseingriff	39
1. Die Legitimation des staatlichen Bildungs- und Erziehungsanspruches	40
a) Der Bildungs- und Erziehungsanspruch des Staates und der Grundsatz der staatlichen Schulaufsicht	41
b) Der Bildungs- und Erziehungsanspruch des Staates und das Selbstentfaltungsrecht der Schüler	43
c) Der Bildungs- und Erziehungsanspruch des Staates und die Berufsfreiheit der Schüler	43
d) Die Schulen als Keimzelle des (demokratischen) Gemeinwesens	45
2. Der Bildungs- und Erziehungsanspruch des Staates und das Elternrecht	47
3. Die Schulpflicht und die Volljährigkeit	51
4. Die Funktion der Schule im demokratischen Staat	52
5. Die Verhältnismäßigkeit der Schulpflicht	53
III. Das Recht auf Bildung	54
1. Die normative Grundlage des Rechts auf Bildung	54
2. Die Reichweite des Rechts auf Bildung	56
3. Das Recht auf Bildung und die soziale Schieflage des Bildungssystems	58
IV. Einzelfragen	60
1. Die Adressaten der Schulpflicht und des Rechts auf Bildung	60
2. Der Beginn und das Ende der Schulpflicht	63
a) Die allgemeine Schulpflicht	64
b) Die Berufsschulpflicht	70
c) Sonderformen der Schulpflicht	73

3. Die Reichweite der Schulpflicht	77
a) Die Pflicht zum Besuch öffentlicher oder privater Ersatzschulen	77
b) Die Pflicht zur Teilnahme an verbindlichen Schulveranstaltungen	78
c) Die Pflicht zur Teilnahme an Praktika	79
d) Die Pflicht zum Besuch des Religions- oder Ethikunterrichts	79
e) Die Beurlaubung vom Schulbesuch und die Befreiung vom Unterricht	94
f) Die vollständige Befreiung von der Schulpflicht	101
g) Das Ruhen der Schulpflicht	105
h) Exkurs: Die Pflicht zur Teilnahme an Schulversuchen	105
4. Die zwangsweise Durchsetzung der Schulpflicht	106
a) Schulzwang gegenüber dem Schüler	106
b) Maßnahmen gegenüber den Eltern	108
5. Nebenfolgen der Schulpflicht – Die Ordnung des inneren Schulbetriebes	109
a) Die Schulordnung	110
b) Pädagogische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen als Sanktionen für das Fehlverhalten eines Schülers	116
6. Schulische Eignungs- und Leistungsbewertungen und die Folgen unzureichender Leistungen des Schülers	136
a) Die Rechtsgrundlagen schulischer Eignungs- und Leistungsbewertungen	137
b) Das Verfahren zur Ermittlung der Leistungen des Schülers	138
c) Die Bewertung der Leistungen des Schülers	142
d) Inklusion, Nachteilsausgleich, Notenschutz und die Aussagekraft schulischer Abschlusszeugnisse	143
e) Die Folgen unzureichender Leistungen des Schülers	149
f) Die Zulässigkeit von Kopfnoten für Verhalten und Mitarbeit	152
7. Der Schutz der Grundrechte der Schüler im Schulverhältnis	153
a) Die allgemeine Handlungsfreiheit und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	154
b) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	154
c) Das Recht auf freie Meinungsäußerung	171
d) Die Versammlungs-, Demonstrations- und Vereinigungsfreiheit (einschließlich der Schülerstreiks)	178
e) Die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit	180
8. Der Zugang zu den einzelnen Schularten und Schulen	197
a) Die Verpflichtung des Staates zur Errichtung eines differenzierten Bildungssystems	197
b) Der Anspruch auf Zulassung zu den verschiedenen Schularten	199
c) Der Zugang zu einer bestimmten Schule und die Sprengelpflicht	213
d) Die Zulassung zu bestimmten Fächern, Kursen und Klassen innerhalb der Schule	228
9. Der Anspruch auf Unterricht	229
a) Der Anspruch auf ein bestimmtes Unterrichtspensum	229
b) Der Anspruch auf bestimmte Fördermaßnahmen	230
c) Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht	232
10. Der Anspruch auf finanzielle Unterstützung	233
11. Der Anspruch auf sonderpädagogische Förderung	236
12. Die Pflichten der Eltern und die Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule	238
§ 3 Die Organisation und Finanzierung des Schulwesens	239
I. Der Grundsatz der staatlichen Schulaufsicht	239
1. Die staatliche Aufsicht über das Schulwesen im Sinne des Art. 7 Abs. 1 GG	239
a) Der Begriff der Aufsicht des Staates in Art. 7 Abs. 1 GG	239
b) Der Begriff des Schulwesens in Art. 7 Abs. 1 GG	242
2. Die allgemeine Staatsaufsicht über Schulen	244
II. Die Schulhoheit des Staates	246
1. Die Festlegung und Konkretisierung der Bildungs- und Erziehungsziele	246
2. Die Organisation des Schulsystems	248

3. Die Festlegung der Unterrichtsfächer und der Inhalte des Unterrichts	249
a) Der Vorbehalt des Gesetzes und die Bestimmung der Unterrichtsinhalte . .	250
b) Vorgaben in Bezug auf einzelne Unterrichtsfächer	254
4. Die Festlegung von Bildungsstandards	256
5. Die Auswahl der Lehr- und Lernmittel	258
a) Die Zulassung und Auswahl von Schulbüchern	259
b) Die Verwendung sonstiger Unterrichtsmaterialien	260
6. Die Gestaltung des Unterrichts	261
III. Die Organisation des öffentlichen Schulwesens	263
1. Allgemeine Grundlagen	263
a) Die Organisation des öffentlichen Schulwesens und die Grundrechte der Schüler und ihrer Eltern	263
b) Der Vorbehalt des Gesetzes in Bezug auf die Organisation des öffentlichen Schulwesens	265
c) Das öffentliche Schulwesen als Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft .	266
2. Das gegliederte Schulwesen	269
3. Die Errichtung, Auflösung und Zusammenlegung von Schulen	272
a) Die kommunale Schulentwicklungsplanung	272
b) Die Errichtung und Erweiterung von Schulen	275
c) Die Schließung, Auflösung und Verlegung von Schulen und Klassenstufen	276
d) Sonderprobleme bei öffentlichen Bekenntnisschulen	280
e) Sonderprobleme bei öffentlichen Knaben- und Mädchenschulen	282
4. Die Organisation der Schulaufsicht im engeren Sinne	282
a) Die Schulaufsichtsbehörden	282
b) Die Schulleiter	284
5. Schulische Selbstverwaltung, Schulprogramme und Autonomie der Einzelschule	287
6. Die innere Schulverfassung und die Mitwirkung der Beteiligten des Schulverhältnisses	290
a) Formen der Mitwirkung im Schulwesen	291
b) Mitwirkungsrechte und staatliche Schulaufsicht	292
c) Mitwirkungsrechte und Demokratieprinzip	293
d) Mitwirkungsrechte und Grundrechte	296
e) Einzelfragen der Mitwirkung	297
7. Evaluation und Qualitätssicherung	303
8. Exkurs: Bildungsberichterstattung und (internationale) Vergleichsstudien . . .	305
IV. Besonderheiten des Lehrerdienstrechts	305
1. Der Beamtenstatus der Lehrkräfte	306
2. Die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte	307
a) Die rechtliche Begründung der pädagogischen Freiheit	308
b) Die Reichweite der pädagogischen Freiheit	311
3. Zur Geltung der Grundrechte für Lehrkräfte	314
4. Die Aufsichtspflicht	316
5. Die Annahme von Geschenken und sonstigen Leistungen	318
6. Das Verbot sexueller Beziehungen zwischen Lehrkräften und Schülern	319
V. Staatliche Schulhoheit und Privatschulfreiheit	320
1. Der Begriff der Ersatzschule	322
2. Die Genehmigung als Ersatzschule	325
a) Das Postulat der Gleichwertigkeit	326
b) Das Verbot der Sonderung nach den Besitzverhältnissen der Eltern	334
c) Die Sicherung der wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung der Lehrkräfte	337
d) Besonderheiten für die Genehmigung privater Volksschulen	337
e) Die Fortdauer der Genehmigungsvoraussetzungen	343
f) Exkurs: Die Konkurrenz privater und öffentlicher Schulen	344
g) Exkurs: Die anerkannte Ergänzungsschule	346
3. Die Anerkennung von Abschlüssen und Zeugnissen	348
a) Der Status der anerkannten Ersatzschule	348
b) Die Anerkennung der Abschlussprüfungen einer Ersatzschule	351

VI. Die Finanzierung des Schulwesens	351
1. Die Zuständigkeit für die Finanzierung des Schulwesens	352
2. Budgetierung und der Haushalt der einzelnen Schule	353
a) Die Festlegung und Verwaltung des Budgets	354
b) Budgetierung, Vergaberecht und Preisbindung für Schulbücher	355
c) Sponsoring, Spenden und Fördervereine	357
3. Der Schulbau	361
4. Die laufenden Sachkosten des Schulbetriebes	362
a) Die Ausstattung der Schule mit Lehrmitteln	362
b) Die Ausstattung der Schule mit Lernmitteln und die Lernmittelfreiheit ...	364
c) Das „Grundrecht auf Nachhilfeunterricht“ und die Lernförderung nach dem „Bildungspaket“	369
d) Die Kosten für außerunterrichtliche Veranstaltungen der Schule	372
e) Die Kosten der Schülerbeförderung	374
f) Die Kosten der Schulverpflegung	391
g) Unterkunftskosten	392
5. Die Kosten der Inklusion und die Notwendigkeit einer engen Kooperation der Leistungsträger	393
6. Die Personalkosten	396
7. Die Finanzierung privater Ersatzschulen	398
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	398
b) Die Voraussetzungen der Förderung	399
c) Die Zulässigkeit von Wartefristen	400
d) Der Umfang der Förderung	401
e) Exkurs: Die öffentliche Förderung privater Ergänzungsschulen	409
 § 4 Rechtsschutz im Schulverhältnis	411
I. Die Eröffnung des Rechtswegs zu den Verwaltungsgerichten	411
II. Die richtige Klageart	413
1. Die Klagearten im Einzelnen	413
2. Das Vorliegen eines Verwaltungsaktes als Voraussetzung für die Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	414
III. Die Klagebefugnis und das Feststellungsinteresse	417
IV. Das Vorverfahren und die Klagefristen	419
V. Die Verfahrensbeteiligten	421
VI. Das gerichtliche Verfahren (Aufklärungspflicht, Beweislast)	422
VII. Die gerichtliche Kontrolldichte / Inhalt der Entscheidung	422
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz	425
1. Das Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO	426
2. Das Verfahren nach § 123 VwGO	426
IX. Vergleichsmöglichkeiten	428
 Sachregister	429